

**L-1-133-2: Ein bezahlbares Zuhause für alle Berliner\*innen schaffen - Für eine soziale Wohnungspolitik, faire Mieten und eine nachhaltige Stadtentwicklung**

Antragsteller\*innen Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND  
Berlin (dort beschlossen am: 20.11.2024)

**Von Zeile 133 bis 134:**

Zu viele Menschen sind in Berlin von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen.[Leerzeichen]

**Nach Zeile 136 einfügen:**

Private und landeseigene Wohnungsunternehmen führen Zwangsräumungen durch. Im Jahr 2023 gab es in Berlin auf mehr als 2.000 Fälle. Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit präventiv zu verhindern, fordern wir den Ausbau von frühzeitigen Unterstützungssystemen um Menschen in finanziellen Schwierigkeiten schnell und unbürokratisch zu helfen. Sozial- und Schuldnerberatungen sind stärker zu fördern, um Betroffene bereits vor dem möglichen Wohnungsverlust zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Zwangsräumungen verboten werden.